

Historische Exkurse 07.09.2012

BERLIN/ESPELKAMP (Eigener Bericht) - Kurz vor seiner diesjährigen Zentralveranstaltung zum "Tag der Heimat" in Berlin bietet der Bund der Vertriebenen (BdV) zum wiederholten Male einem Leugner der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg öffentlichen Raum. Vor dem 1. September 1939 hätten starke Kräfte in Polen einen Krieg gegen Deutschland befürwortet und sich Gebietsgewinne versprochen, wird der Hauptredner auf der BdV-Regionalveranstaltung zum "Tag der Heimat" am vergangenen Sonntag in Espelkamp (Nordrhein-Westfalen) zitiert: "Die polnische Regierung trägt eine Mitverantwortung". Der Redner wurde vom örtlichen BdV in Kenntnis seiner revisionistischen Ansichten eingeladen, um über die Entstehung der deutsch-polnischen Grenze zu sprechen. Sein Auftritt ist beileibe kein Einzelfall: BdV-Funktionäre, die Zweifel an der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg erkennen ließen oder sonst revisionistische Thesen vertraten, gehören bis heute dem Stiftungsrat der staatlichen "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" an. Der "Tag der Heimat" wird Anfang September bundesweit begangen, um - wie in jedem Jahr - die im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich verbindlich festgelegte Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als angebliches Unrecht zu brandmarken.

Polen und der Weltkrieg

Wie die Lokalpresse berichtet, hat am vergangenen Sonntag der Pfarrer im Ruhestand Karl-Heinz Kuhlmann bei der lokalen Veranstaltung des BdV zum diesjährigen "Tag der Heimat" im nordrhein-westfälischen Espelkamp die Hauptrede gehalten. Kuhlmann habe dabei "einen historischen Exkurs zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges" präsentiert, heißt es in dem Bericht: Er habe erläutert, "dass es in Polen starke Bestrebungen gegeben habe, die einen Krieg befürwortet und sich 'Gebietsgewinne' davon versprochen hätten".[1] Wörtlich wird er mit der Behauptung zitiert: "Die polnische Regierung trägt eine Mitverantwortung". In einem Brückenschlag zur Gegenwart erklärte Kuhlmann dem Bericht zufolge, heute sähen in der Tat "die meisten Polen" die "ehemals deutschen Gebiete" ihres Landes als "wiedergewonnen" an. Sie kümmerten sich daher nicht um das "Unrecht der Vertreibung" der Deutschen.

"Die Ereignisse um Danzig"

Kuhlmanns geplanter Auftritt beim BdV in Espelkamp war Wochen zuvor bekannt geworden und öffentlich heftig kritisiert worden. Hintergrund waren Beiträge des Pfarrers in der Wochenzeitung "Junge Freiheit" und ein Vortrag, den er bei der "Winterakademie" des "Instituts für Staatspolitik" Anfang 2011 gehalten hatte. Die Wochenzeitung und das Institut werden von Politikern zu einem Spektrum der äußersten Rechten gezählt, das sich an Vorbildern aus der Konservativen Revolution orientiert, einer Strömung aus der Zeit der Weimarer Republik, der Historiker Wegbereiterfunktion für den Nationalsozialismus zuschreiben.[2] Konkret hatte Kuhlmann mit einem Leserbrief an die "Junge Freiheit" Proteste hervorgerufen; darin hatte er erklärt, der deutsche Überfall auf Polen sei insbesondere deshalb in den Zweiten Weltkrieg "gemündet", weil "Großbritannien und Frankreich ihre Weltmachtrolle in Gefahr" gesehen hätten und sich ihnen "mit dem Vorspiel der Ereignisse um Danzig" die simple "Gelegenheit" geboten habe, "den Konkurrenten Deutschland in die Schranken zu weisen".[3] Über das frühere CDU-Mitglied Kuhlmann wurde zudem berichtet, er sei unter Protest aus seiner Partei ausgetreten, als diese in Niedersachsen "eine Muslimin zur Ministerin gemacht" habe.[4]

Keine Alleinschuld

Über die angebliche Mitschuld Polens am Zweiten Weltkrieg hat Kuhlmann sich bereits Ende 2010 ausführlich geäußert - ebenfalls in der "Jungen Freiheit".[5] "Zahlreiche politische und gesellschaftliche Kreise" im Nachbarstaat hätten in den 1930er Jahren die Ansicht vertreten, "daß Polen durch den Versailler Vertrag auch territorial gegenüber Deutschland noch nicht ausreichend saturiert worden sei", schrieb Kuhlmann. Der Gipfel dieser Anschauung seien "polnische Kriegs- bzw. Präventivkriegspläne gegen Deutschland" gewesen, "die seit den zwanziger Jahren vom polnischen Generalstab entwickelt worden" seien und in denen man immer wieder "auch polnische Gebietsgewinne im Westen einkalkuliert" habe.

"Man wollte die Westgrenze Polens weit nach Deutschland hinein verlegen", behauptete der Pfarrer im Ruhestand - "wenn möglich bis vor Berlin oder noch weiter bis ins Wendland". Zwar müsse man konzedieren, dass Polen nach dem deutschen Annexionen des Jahres 1938 (Österreich, Teile der Tschechoslowakei) und vom März 1939 (Teile Litauenes) "nervös werden mußte". Doch sei eine polnische Teilmobilmachung vom Frühjahr 1939 "wohl einer Drohung" gleichgekommen. Es sei deswegen "historisch falsch", in Deutschland "den alleinigen Verursacher" des Zweiten Weltkriegs zu sehen.

Besetzte Gebiete

Kuhlmanns Äußerungen sind im BdV beileibe kein Einzelfall. Vergleichbare Aussagen hatten vor zwei Jahren zu einem Skandal geführt. Damals war bekannt geworden, dass BdV-Funktionäre, die dem Stiftungsrat der Staatsstiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" angehören, revisionistische Auffassungen vertraten. So hatte etwa Hartmut Saenger, stellvertretender Landesvorsitzender des BdV in Hessen und stellvertretendes Stiftungsratsmitglied, ebenfalls die Meinung erkennen lassen, Polen trage womöglich eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls habe erst Großbritannien den begrenzten "Krieg um Danzig zu einem weltweit ausgetragenen Krieg" gemacht.[6] Stephan Grigat, Stiftungsratsmitglied und heute Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, hatte einst eine Reise nach Nordostpolen eine "Reise in ein besetztes Land" genannt. Anfang September 2010 gab wegen der Fortdauer solcher Ansichten auf der Funktionärebene des BdV der Zentralrat der Juden bekannt, seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat der "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" ruhen zu lassen (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Die Staatsstiftung hat den Auftrag, in Berlin eine zentrale Gedenkstätte zur Erinnerung an die Umsiedlung der Deutschen zu errichten. Sie wird nach der Veröffentlichung einer Rahmenkonzeption in der letzten Woche jetzt mit der detaillierten Ausarbeitung einer Dauerausstellung zum Thema beginnen.

"Appetit auf deutsches Bauernland"

Im BdV und seinen Landsmannschaften wird bis heute immer wieder die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg in Frage gestellt. Vor Kuhlmanns Auftritt in der nordrhein-westfälischen Provinz druckte beispielsweise die Preußische Allgemeine Zeitung, das wohl einflussreichste Medium unter den "Vertriebenen"-Periodika, eine Rezension des Buches "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte" ab. Buchautor Generalmajor a.D. Gerd Schultze Rhonhof wolle mit der Schrift belegen, dass "eine ganze Anzahl von Staaten (...) den Zweiten Weltkrieg angezettelt habe", heißt es darin: "Das Buch ersetzt Hunderte von bisher vorliegenden politisch korrekten Darstellungen des Themas." [8] Gerd Schultze-Rhonhof hatte zuvor seine Thesen in der Preußischen Allgemeinen mehrmals ausführlich darstellen können. Sie wirken sich auch auf das Verständnis von der Umsiedlung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs aus. Während es sich tatsächlich um eine Reaktion auf den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg in Ost- und Südosteuropa handelte, behauptet beispielsweise Karl-Heinz Kuhlmann - wie nicht wenige BdV-Funktionäre auch -, Polen habe die Chance genutzt, seine angeblich lange gehegten Pläne zur Annexion seit jeher deutschen Territoriums zu realisieren: "Alte polnische Träume wurden nach 1945 wahr." [9] Die Bundesrepublik habe dem 1990 stattgegeben: "Der chauvinistische (polnische, d. Red.) 'Appetit auf deutsches Bauernland' wurde letztlich mit der Unterzeichnung des Grenzenerkennungsvertrages vom 14. November 1990 gestillt."

Nicht unumkehrbar

Um die völkerrechtlich im Potsdamer Abkommen gründende Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als angebliches Unrecht zu brandmarken, hält der BdV alljährlich im September seinen "Tag der Heimat" ab. Die Veranstaltungen dazu finden auf lokaler Ebene - wie in Espelkamp -, aber auch an zentraler Stelle in der deutschen Hauptstadt statt. Für die Gedenkfeier an diesem Sonntag in Berlin wird der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier als Festredner angekündigt. Bouffiers Regierung hatte letztes Jahr eine Broschüre an zahlreiche Lehreinrichtungen versandt, die weithin als revisionistisch kritisierte Thesen eines BdV-nahen Publizisten enthielt. In der Broschüre war zum Beispiel zu lesen: "Die Vorstellung, vollzogene Vertreibungen seien unumkehrbar, ist weit verbreitet, aber nicht zutreffend." Dies könne etwa den "Ost- und Sudetendeutschen (...) Hoffnung machen" (german-foreign-policy.com berichtete [10]). Wie der BdV in seinem Einladungsschreiben für den "Tag der Heimat" schreibt, könne Bouffier als ein ausgewiesener "Freund der Vertriebenen" gelten; er sehe sie "als Brückenbauer mit den osteuropäischen Nachbarstaaten". [11]

[1] Heimatstube greifbar nah; www.westfalen-blatt.de 03.09.2012

[2] s. auch **Eingeschränkte Demokratie** und **Weniger Demokratie wagen (II)**

[3] Karl-Heinz Kuhlmann: Weltmachtrolle war in Gefahr; Junge Freiheit 38/2009

[4] Redner bei Tag der Heimat sorgt für Diskussionen; Westfalen-Blatt 30.08.2012

[5] Karl-Heinz Kuhlmann: "Appetit auf deutsches Bauernland"; Junge Freiheit 46/2010

[6] Historischer Kontext; Preußische Allgemeine Zeitung 05.09.2009

[7] s. dazu **Geschichte à la carte**

[8] Hans-Joachim von Leesen: Tabubruch mit Fakten; Preußische Allgemeine Zeitung 05.05.2012

[9] Karl-Heinz Kuhlmann: "Appetit auf deutsches Bauernland"; Junge Freiheit 46/2010

[10] s. dazu **Vom slawischen Drang nach Westen**

[11] "Erbe erhalten - Zukunft gestalten". Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin mit Ministerpräsident Volker Bouffier; www.bund-der-vertriebenen.de 27.08.2012

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com